

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Ja, aber zu polizeilichen Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung

Der Regierungsrat stimmt im Grundsatz dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Das neue Gesetz ergänzt einerseits den Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus und auch die weiteren vom Bund eingeleiteten wichtigen Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus.

Vorgesehen als verwaltungsrechtliche Massnahmen sind die Pflicht, sich regelmässig bei einem Polizeiposten oder einer anderen Behörde zu melden, ein Kontaktverbot mit bestimmten Personen(-gruppen) und die Ein- und Ausgrenzung. Möglich ist mit richterlicher Genehmigung auch ein Hausarrest. Weiter vorgesehen ist ein Ausreiseverbot. Zuständig für die Anordnung der neuen polizeilichen Massnahmen soll in allen Fällen das Bundesamt für Polizei (fedpol) sein. Schliesslich soll es einen neuen Haftgrund im Hinblick auf die Landesverweisung von radikalisierten Ausländerinnen und Ausländern geben.

Die Regierung begrüsst, dass mit dem neuen Gesetz die strafprozessualen Massnahmen durch präventiv-polizeiliche Massnahmen ergänzt werden. Abgelehnt wird jedoch die vorgesehene generelle Zuständigkeit des fedpol für die neu vorgesehenen Massnahmen. Erstens gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu den Kernaufgaben der Kantone, zweitens führt die vorgesehene Antragstellung bei fedpol zu einem Bruch in der operativen Polizeiarbeit und einem Splitting des Fallmanagements.

Provisorischer Tarif für ambulante Leistungen in der Klinik Belair

Der Regierungsrat hat mit Wirkung ab 1. Januar 2018 den Taxpunktwert für die Abgeltung ambulanter Leistungen der Klinik Belair Schaffhausen gegenüber tarifsuisse ag provisorisch auf 0.85 Franken festgesetzt. Dieser Taxpunktwert gilt für die Dauer der entsprechenden Verhandlungs-, Genehmigungs- und Festsetzungsverfahren. Der provisorische Tarif entspricht dem vereinbarten Taxpunktwert mit anderen Versicherergruppen.

Dienstjubiläen

Der Regierungsrat hat Therese Berger, Primarlehrerin, und Heidi Stapfer, Heilpädagogische Lehrperson Primarschule, die am 17. April 2018 das 40-jährige Dienstjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Weiter hat die Regierung Marianne Alder, Primarlehrerin, die am 7. April 2018 das 25-jährige Dienstjubiläum begehen kann, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.